

Fortsetzung von Seite 17

## Es geht ihnen um Grundsätzliches

... um seinen Haushalt zu bestreiten. Deshalb ist es auch ein absolut richtiges Zeichen, dass man nun wieder etwas zurückgibt. Würde ein Unternehmen so etwas machen, nämlich überhöhte Gewinne erwirtschaften und nicht bereit sein, dem Konsumenten wieder etwas zurückzugeben, würde vermutlich von linker Seite der Vorwurf komme, der Konsument werde abgezockt.

**Frick:** Ich setze ein grosses Fragezeichen hinter die Aussage, der Staat habe Steuerzahler zu viel Geld weggenommen. Wenn man mit politischer Mehrheit bestimmt, dass gewisse Leistungen nicht erfüllt werden oder bestimmte Investitionen nicht gemacht werden müssen, kann man natürlich schon sagen, man habe zu viel Geld. Aber wir haben sehr viele Leistungen, die wir gar nicht erst anbieten.

**Laich:** Die Steuersenkungen werden nicht dazu führen, dass der Staatshaushalt kollabiert. Ich bin überzeugt, und das hat sich auch an früheren Beispielen gezeigt, wenn man Steuern gesenkt hat, dann hat das kurzfristig eine Verminderung des Steuersubstrats bewirkt, mittel- und langfristig hat das immer zu Mehreinnahmen geführt.

**Frick:** Steuern senken und dann wachsen Steuereinnahmen, das erinnert mich an die Laffer-Kurve. Was der wissenschaftliche Wert dieser Kurve ist, kann jeder Leser mal googlen. Das ist eine ideologische Annahme.

### Zurück zur Vorlage. Was spricht denn für die Corona-Steuererleichterung?

**Laich:** Wir haben ein Steuersystem, das auf der Progression aufbaut. Da hätten wir uns isoliert auf die Position stellen können, die Progression spielen zu lassen. Aber wir haben für verschiedene Punkte Hand geboten, um die Vorlage noch breiter abzustützen. Als Fazit können wir wirklich sagen, dass die politischen Lager einen Schritt in die Mitte gemacht haben. Beide sind nicht hundert Prozent begeistert, aber es können sich beide noch in die Augen schauen. Auf dieser Basis sind die zwei Vorlagen entstanden.

**Frick:** In diesem Kanton machen die Bürgerlichen die Politik. Vor allem in der Finanzpolitik machen sie eine klare Mehrheitspolitik; sie schnüren dann Vorlagen und sagen, es sei ein Kompromiss. Aber es ist ein Kompromiss zwischen der SVP und der FDP und nicht mit der Linken.

## Stadtbaumeisterin Karin Brand geht in Frühpension

SCHAFFHAUSEN. Die Bereichsleiterin Hochbau bei der Stadt Schaffhausen, Karin Brand, habe sich entschieden, per Ende Juli 2022 in den frühzeitigen Ruhestand zu treten. Dies hat die Stadt gestern mitgeteilt. Die Stelle der Bereichsleitung werde baldmöglichst wiederbesetzt.

Brand ist seit 2012 bei der Stadt tätig und leitet seit 2013 das Hochbauamt. In diese Zeit fiel eine Reorganisation, die Prozesse seien professionalisiert und ein umfassendes Qualitätsmanagement verankert worden. So habe die Leistungsfähigkeit des Hochbauamts deutlich gesteigert werden können, so die Stadt. Wichtige Projekte wie das Stadthausgeviert und die Erweiterung des Schulhauses Breite seien unter Brands Leitung aufgegleist und zur Umsetzung gebracht worden. (r.)



Ein Leben ohne Maske, Abstände und Zertifikat. Die Meinungen, wann das wieder möglich sein soll, gehen auseinander.

BILD PIXABAY

# Nicht jeder will einen «Freedom Day»

Bürgerliche Vertreter fordern einen umfassenden Massnahmenstopp bis spätestens am 2. Februar. In Schaffhausen erfährt diese Forderung längst nicht nur Zuspruch.

Niklas Rapold und Ralph Denzel

SCHAFFHAUSEN. Der Gewerbeverband fordert zusammen mit der Gastro-, der Event- und der Fitnessbranche und bürgerlichen Politikerinnen und Politikern einen Tag der Freiheit. Sie streben einen Massnahmenstopp bis spätestens am 2. Februar an. Werner Bächtold, Präsident der SP Schaffhausen, ist mit dieser Forderung ganz und gar nicht einverstanden. Seit zwei Jahren würden sich zwar laute, aber umso dümmere Forderungen wie ein roter Faden durch die Pandemie ziehen, schreibt er. Bereits am Namen «Freedom Day» stört sich Bächtold: «Ja, sind wir denn im Krieg?»

Gleichzeitig merkt er an, dass auch er es super fände, wenn Omikron die letzte Variante gewesen wäre und wir uns Schritt für Schritt von allen Massnahmen verabschieden könnten. Dabei müsse man aber die nötige Vorsicht walten lassen. «Ich verlasse mich lieber auf die Sachlichkeit der Wissenschaft und nicht auf die populistischen Töne dieser lauten bürgerlichen Laien.»

Auch Walter Vogelsanger unterstützt die Forderung nach einem sofortigen Stopp der Massnahmen nicht. Nach wie vor sei Vorsicht angebracht, sagt der Regierungsrat der SP mit einem Verweis auf die auch in Schaffhausen noch immer hohen Fallzahlen. Er findet, man solle die Entwicklung der Situation weiter beobachten und am aktuellen Fahrplan festhalten.

«Die Massnahmen müssen weiterhin laufend überprüft werden, aber man darf jetzt nichts überstürzen.»

Andrea Müller hingegen, die Präsidentin der SVP Schaffhausen, teilt schriftlich mit, dass sie die Forderungen nach Normalität selbstverständlich unterstütze, eine schrittweise Lockerung sei in ihren Augen unumgänglich. Diese sollten nach ihrer Ansicht auch rascher beschlossen und umgesetzt werden, doch sie wage zu bezweifeln, ob eine sofortige Aufhebung aller Massnahmen beschlossen wird: «Ich persönlich spüre den Willen von Bundesbern, zurück zur Normalität zu kehren, leider nicht.»

### Sehnsucht nach Freiheit

Für die Gastronomie wäre ein «Freedom Day» ein Geschenk: Durch die aktuell geltende Zertifikatspflicht würden seit Längerem die Gäste fehlen. Von daher ist es wenig überraschend, dass die Idee eines «Freedom Days» bei Renato Pedroncelli, Präsident von Gastro Schaffhausen, sehr gut ankommt. «Was Schöneres könnte uns nicht passieren!» So wäre es für die Gastronomie ein Segen, endlich wieder «normal arbeiten zu können». Er erinnerte an die ganzen Regelungen, die bisher in diesem Bereich gegolten hatten: Bisher habe die Gastronomie 25 verschiedene Versionen von Schutzkonzepten umsetzen müssen. «Wir hatten mit 1,5 Meter Abstand, dann geringere

«So einen Lichtblick könnten wir alle aktuell gebrauchen.»

Raffael Brandenberger  
Kieser Training  
Schaffhausen

VIDEO  
Strassenumfrage  
in Schaffhausen unter  
[www.shn.ch/click](http://www.shn.ch/click)

Auslastung, Maskenpflicht – es ist und war schwierig für uns», so Pedroncelli.

Ähnlich geht es auch Luciano Di Fabrizio, Geschäftsführer des «Cuba Clubs» in der Saf-rangasse. «Irgendwann muss es ein Ende haben.» Für ihn sei etwas schwer zu verstehen, dass bereits wieder über die Aufhebung der Homeoffice-Pflicht diskutiert werde, aber gleichzeitig in Gastro-Betrieben und Bars weiterhin 2G bzw. 2G+ beibehalten werden solle. «Das Schwierige ist auch, dass wir nicht planen können», so Di Fabrizio. Ein «Freedom Day» würde da Abhilfe schaffen und vor allem endlich wieder eine Perspektive bieten. «So hängt alles etwas in der Luft.»

Raffael Brandenberger vom Kieser Training in Schaffhausen sieht hingegen in der Zertifikatspflicht nicht nur Schlechtes. «Wir haben uns weitgehend daran gewöhnt», sagt er. «Wirtschaftlich wäre es natürlich besser, wenn wir keine Beschränkungen haben, aber viele unserer Kunden fühlen sich sicherer und wohler mit der Zertifikatspflicht.»

Er würde dort weiterhin auf die Vorlagen des Bundes vertrauen. «Dort gibt es genug Experten, die die Lage analysieren, und auf die vertrauen wir hier», so Brandenberger. Gleichzeitig sei aber auch klar: «Wenn der Bund ein Datum geben würde, ab dem die Massnahmen nicht mehr nötig sind, wären wir auch glücklich darüber. So einen Lichtblick könnten wir alle aktuell gebrauchen.»

# Gegen ein «pervertiertes» Steuerpaket

Die Linken lehnen die beiden kantonalen Steuervorlagen ab. Sie bezeichnet die beiden Pakete, die gute Ansätze hätten, als pervertiert, weil die Falschen profitieren und der Rest gekauft werde.

Dario Muffler

Der Stimmbevölkerung werde ein Märchen aufgetischt, sagte Iren Eichenberger, Kantonsrätin der Grünen, am Dienstag an einer Medienkonferenz. Dabei warben sie, SP-Kantonsrat Kurt Zubler, SP-Parteipräsident Werner Bächtold und AL-Kantonsrat Matthias Frick, für zwei Mal Nein zu den Steuervorlagen, über die am 13. Februar im Kanton Schaffhausen abgestimmt wird.

Ein Märchen nannte Eichenberger die Vorlagen, weil aus der ursprüngli-

chen regierungsrätlichen Absicht, die Versicherungsabzüge für eine befristete Zeit zu senken, eine Steuervorlage geworden war, von der vor allem Vermögende profitieren. Zudem habe man das Kind auch noch umgetauft. «Der Kanton verliert bei diesem Zauber jährlich total 7,5 Millionen und die Gemeinden total 6,9 Millionen Franken», so Eichenberger. Geld, das gezielter hätte eingesetzt werden können.

Dasselbe gelte für die zweite Vorlage, in der eine temporäre Steuerfussenkung der grösste Brocken ist. Natürliche Personen sollen drei Jahre lang zwei Prozent weniger bezahlen und juristische Personen ein Prozent. «Dabei haben wir noch immer Personalprobleme, weil die staatlichen Löhne, beispielsweise für Lehrpersonen oder Pflegenden, im Kanton Schaffhausen weit schlechter sind als in der übrigen Schweiz», so Eichenberger.

Frick nannte es einen Hohn, dass die Regierung und die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat von einer Entlastung aufgrund der Coronakrise sprechen würden. «Wer betroffen ist, wird durch diese Massnahmen nicht entlastet», sagte er. Statt einer Steuerfussenkung wäre es sinnvoller gewesen, man hätte 20 Millionen Franken gleichmässig unter allen Steuerpflichtigen verteilt. Doch da profitiert der Millionär doch genau gleich viel wie der Geringverdiener? «Nein, der Betrag fällt bei Geringverdienern viel stärker ins Gewicht als die Steuerfussenkung aufgrund der Progression», so Frick.

Zubler fand ähnlich drastische Worte: «Die bürgerliche Mehrheit hat die Vorlage pervertiert.» Damit meinte er etwa die Verknüpfung der Versicherungsabzüge und die Senkung der Vermögenssteuer. «Dies kann ja ein bürgerliches An-

liegen sein, aber es müsste in einer eigenen Vorlage diskutiert werden.» Mit Zahlenbeispielen unterstrich Zubler, dass von der Senkung der Vermögenssteuer nicht primär Familien profitieren würden, wie dies die Befürworter ins Feld führen. Für Personen mit 1 Million Franken gibt es Einsparungen von 1000 Franken, bei 250 000 Franken Vermögen beträgt die Ersparnis 30 Franken. «Familien haben kaum mehr als 250 000 Franken Vermögen», so Zubler.

Die Bevölkerung, aber auch die KMUs seien gekauft worden. Die Entlastungsabzüge in der Vorlage zur Abfederung der Coronakrise seien nicht genügend stark angehoben worden und mit der minimalen Senkung der Mindeststeuer und Minimalsteuer auf Grundstücke habe man das Ganze etwas gezuckert. «Wer viel hat, dem wird viel gegeben. Wer nichts hat, dem wird nichts gegeben.»